

Protokoll über die öffentliche Sitzung des Rundfunkrats am 27. März 2014

Ort: Radio Bremen, Weser-Haus Konferenzzentrum

Beginn: 16:15 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Teilnehmer:

Vorsitz:

Eva-Maria Lemke-Schulte

Rundfunkrat:

Uwe Boysen
Andreas Brandes
Irmgard Czarnecki
Matthias Dembski
Susan Ella-Mittrenga
Karin Fricke
Bernd Glawatty
Wolfgang Grotheer
Wiebke Hamm
Hellena Harttung
Elke Heyduck
Dr. Martina Höhns
Katrin Lehmann
Cornelius Neumann-Redlin
Klaus Schloesser
Antje Schreiner
Barbara Tülp
Norbert Wilke

Verwaltungsrat:

Prof. Dr. Thomas von der Vring

Senatskanzlei:

Dr. Enzo Vial

Radio Bremen:

Jan Metzger
Brigitta Nickelsen
Jan Weyrauch
Christiane Afflerbach
Jens Böttger
Jan-Thede Domeyer
Michael Gerhardt
Michael Glöckner
Jan Schrader
Heike Wilke

Personalrat:

Gaby Schuylenburg

Frauenbeauftragte:

Birgitta Tunkel

Jugendschutzbeauftragte:

Monika Gray

Publikumsbeauftragte:

Gesine Reichstein

Protokoll:

Merle Schmidt

Entschuldigungen:

Rundfunkrat:

Doris Achelwilm und ihr Stellvertreter Andreas Hein
Annette Düring und ihr Stellvertreter Uwe Roes
Dr. Beate Porombka, i.V. Bernd Glawatty
Michael Frost und seine Stellvertreterin Martina Kirschstein-Klingner
Prof. Dr. Heinz-Otto Peitgen und seine Stellvertreterin Angela Bauriedl
Joachim Schwolow, i.V. Karin Fricke

Personalrat:

Rainer Kahrs und seine Stellvertreterin Hilke Theessen
Christian von Plato

Schwerbehindertenvertretung:

Susanne Tetzke

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls vom 5. Dezember 2013
3. Bericht der Vorsitzenden
4. Bericht des Intendanten
Vorlage 02/2014
5. Bericht aus den Ausschüssen
6. Bericht vom Arte-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat
7. 19. KEF-Bericht / Finanzausgleich
Vorlage 03/2014
8. Teilprojekt Radio Bremen/Bremedia – Jahresbericht 2013/2014
Vorlage 04/2014
9. Deutsche Fernsehlotterie
Vorlage: Präsentation
Gast: Christian Kipper, Geschäftsführer Deutsche Fernsehlotterie
10. Media Analyse Radio I
Vorlage 05/2014
11. Bericht über die Situation der weiblichen Beschäftigten bei
Radio Bremen
Vorlage 06/2014
Stellungnahme der Frauenbeauftragten
12. Bericht über die Beschäftigung schwer behinderter Menschen
bei Radio Bremen
Vorlage 07/2014
13. Bericht der Jugendschutzbeauftragten
Vorlage 08/2014
14. Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben
Vorlage 09/2014
15. Verschiedenes

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 16.15 Uhr und begrüßt die interessierte Öffentlichkeit. Sie informiert, dass die Rundfunkratssitzung am 18. September 2014 in Bremerhaven stattfinden werde und die Rundfunkratsmitglieder genügend Zeit einplanen sollten. Es werde ein Shuttle-Bus organisiert, der die Rundfunkratsmitglieder mittags von Radio Bremen aus nach Bremerhaven fahre und nach der Sitzung zurückbringe.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Frau Lemke-Schulte erklärt, dass der Geschäftsführer der Deutschen Fernsehlotterie, Herr Kipper, erkrankt sei und daher der Tagesordnungspunkt 9 entfalle bzw. auf die Rundfunkratssitzung am 3. Juli 2014 verschoben werde.

Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung genehmigt.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls vom 5. Dezember 2013

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung am 5. Dezember 2013 wird genehmigt.

TOP 3: Bericht der Vorsitzenden

Frau Lemke-Schulte erklärt, dass die erreichte Neuregelung des Finanzausgleichs ein großer Erfolg für Radio Bremen und den Saarländischen Rundfunk sei. Der Intendant habe den Rundfunk- und Verwaltungsrat in seinem Schreiben vom 14. März 2014 vorab informiert. Eine ausführliche Behandlung des Finanzausgleichs und des 19. KEF-Bericht erfolge unter TOP 7.

Die Vorsitzende erinnert an die in der Sondersitzung am 6. Februar 2014 abgegebene Stellungnahme des Rundfunkrats zum geplanten crossmedialen Jugendangebot von ARD und ZDF. Die Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten habe am 13. März 2014 noch keine Entscheidung hierüber getroffen, sondern von ARD, ZDF und DLR eine Beantwortung weiterer Fragen gefordert. Die Vertagung sei bedauerlich, eine klare Beauftragung von ARD und ZDF mit einem gemeinsamen Jugendangebot wäre wünschenswert gewesen.

Der NDR werde auch im Jahr 2015 den ARD-Vorsitz innehaben. Die Zustimmung der Gremien dazu sei bereits erfolgt.

Der Radio Bremen-Tatort „Brüder“ habe bundesweit die Hitliste in diesem Format angeführt. Der Marktanteil sei mit 27,2 Prozent sehr hoch gewesen. Im Anschluss an die Ausstrahlung des Films habe es einen regen Meinungsaustausch in der Öffentlichkeit gegeben.

Die Sitzungsbeteiligung in den Programmausschüssen – insbesondere im Hörfunkausschuss, aber auch im Fernseh- und Zukunftsausschuss – sei in letzter Zeit nicht besonders gut gewesen. Teilweise sei die Beschlussfähigkeit aufgrund von kurzfristigen Absagen bzw. mangels Entschuldigung verschiedener Mitglieder nicht hergestellt gewesen. Daher bitte das Präsidium

die Ausschussmitglieder – auch aus Respekt gegenüber den Referentinnen und Referenten von Radio Bremen – um Teilnahme an den Sitzungen bzw. möglichst frühzeitige Entschuldigung, sollten Termine nicht einzurichten sein. Sollte hier keine signifikante Verbesserung eintreten, werde sich das Präsidium über Maßnahmen unterhalten müssen.

Frau Lemke-Schulte berichtet weiter, dass es in der aktuell stattfindenden Sitzung der Bremischen Bürgerschaft eine zweite Lesung zur Änderung des Radio Bremen-Gesetzes gebe. Es gehe dabei insbesondere um die Entsendung eines Rundfunkratsmitglieds von den im Lande Bremen lebenden Musliminnen und Muslimen, die Veröffentlichung der Bezüge der Intendantin bzw. des Intendanten und der Direktorinnen und Direktoren und eine Berücksichtigung der niederdeutschen Sprache im Programm. Auf ihre Nachfrage erklärt **Herr Metzger**, dass die Bürgerschaft seines Wissens diesen Punkt noch nicht beraten habe.

Die Vorsitzende berichtet, dass das Bundesverfassungsgericht am 25. März 2014 über die Verfassungskonformität des ZDF-Staatsvertrags bzw. der Besetzung der ZDF-Gremien entschieden habe. Die Länder Hamburg und Baden-Württemberg hätten in Karlsruhe geklagt gegen einen ihrer Ansicht nach übermäßigen Einfluss des Staates im Fernseh- und Verwaltungsrat des ZDF. Das Urteil habe in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit eine erhebliche Rolle gespielt.

Auf ihre Nachfrage erklärt **Herr Dr. Vial**, dass das Land Bremen nicht direkt am Verfahren beteiligt gewesen sei. Es seien aber alle Bundesländer zur Stellungnahme aufgefordert worden und Bremen habe sich der Stellungnahme von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen angeschlossen. Man sei dem Verfahren also nicht in formaler Weise als Beteiligter beigetreten, habe die Klage aber durch die Stellungnahme unterstützt.

Frau Lemke-Schulte führt weiter aus, dass Auslöser für die Klage die Personalangelegenheit Nikolaus Brender gewesen sei. Sie gehe davon aus, dass die Rundfunkratsmitglieder die Angelegenheit in den Medien verfolgt haben. Zunächst wolle sie anmerken, dass sich die Verhältnisse bei den meisten ARD-Gremien grundsätzlich von denen des ZDF-Fernsehrats und des ZDF-Verwaltungsrats unterscheiden. Dennoch sei zu prüfen, welche Auswirkungen das Urteil auf die ARD-Gremien habe. Sie habe hierzu unter anderem ein Telefonat mit Herrn Dr. Vial geführt. Das Radio Bremen-Gesetz schließe vorsorglich eine Vielzahl an Dingen aus, um Staatsferne zu gewährleisten. Sollte dennoch eine Änderung des Gesetzes notwendig sein, dann müsse sich der Gesetzgeber damit befassen. Es sollten hier keine Selbsteinschätzungen von Seiten des Rundfunkrats abgegeben und voreilige Schlüsse gezogen werden. Sie bitte Herrn Gerhardt um Prüfung, ob gegebenenfalls die Ausschusssammensetzung zu überprüfen sei, die im Radio Bremen-Rundfunkrat nach Zuordnung und Neigung erfolge. Zweitens bitte sie um Überprüfung, ob die Geschäftsordnung und Satzung (jeweils beschlossen in 2008) angepasst oder verändert werden müssen. Zudem werde sich die GVK in ihrer nächsten Sit-

zung am 7./8. April 2014 mit dem Urteil befassen. **Frau Lemke-Schulte** fragt Herrn Dr. Vial, ob er ihre Ausführungen ergänzen wolle.

Herr Dr. Vial erklärt, dass die Vorsitzende im Wesentlichen alles dargestellt habe. Es sei in der Tat so, dass man eigentlich gewiss sei, mit dem Radio Bremen-Gesetz gut aufgestellt zu sein und dass man insbesondere bei der Gremienbesetzung auf die Staatsferne geachtet habe. Das heiÙe, dass der Kern des ZDF-Urteils zu keinem Änderungsbedarf führe. Allerdings sei das Urteil sehr ausführlich und spreche viele Punkte – auch hinsichtlich Transparenz etc. – an. Trotzdem bleibe ein großer Teil im Ermessen des Landesgesetzgebers. Wie weit dieses Ermessen dann reiche oder ob es doch in einigen Punkten Änderungsbedarf gebe, das werde man in Ruhe prüfen. Insofern sei ein Änderungsbedarf nicht auszuschließen – wenn, dann werde es aber wahrscheinlich eher um kleinere Punkte gehen. Näheres lasse sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht sagen, man müsse dies zunächst prüfen.

Frau Lemke-Schulte weist darauf hin, dass nichts übers Knie gebrochen werden sollte. Sie lege bei der Überprüfung Wert auf Zusammenarbeit, so dass auch die Erfahrungen aus der Routine und Arbeit des Rundfunk- und Verwaltungsrats einfließen können.

Herr Dr. Vial bestätigt, dass er es als selbstverständlich voraussetze, dass die Senatskanzlei die Angelegenheit genau prüfe, dass Radio Bremen dies ebenso tue.

Frau Lemke-Schulte bedankt sich bei Herrn Dr. Vial. Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließt sie ihren Bericht.

**TOP 4: Bericht des Intendanten,
Vorlage 02/2014**

Herr Metzger berichtet in Ergänzung zu seinem schriftlichen Bericht zu folgenden Punkten:

- Zukunftstag bei Radio Bremen

Heute, am 27. März 2014, habe sich Radio Bremen erneut am „Zukunftstag“ beteiligt und Mädchen und Jungen ab 14 Jahren die Möglichkeit geboten, an der Produktion von Hörfunk- und Fernsehsendungen im trimedialen Funkhaus mitzuarbeiten und dabei Berufe kennen zu lernen, die bisher eher von einem Geschlecht dominiert werden. Der Tag sei wie jedes Jahr mit großer Mühe und hohem Engagement von der Frauenbeauftragten Frau Tunkel organisiert worden.

- Kabelausspeisung im Bremer Umland

Die Kabel Deutschland GmbH habe angekündigt, ab dem 29. April 2014 das Landesprogramm von Radio Bremen aus der analogen Kabelverbreitung in Niedersachsen auszuspeisen. Betroffen sein werden das unmittelbare Umland von Bremen und Bremerhaven, aber auch andere Teile von Niedersachsen. Dies sei die Politik, die die Kabel Deutschland GmbH aufgrund der Kündigung der Einspeiseentgelte schon in anderen Gegenden verfolge und auch lange angekündigt habe.

- Grimme-Auszeichnung für „Oma und Bella“

Der bei Arte ausgestrahlte Radio Bremen-Film „Oma & Bella“ sei vom Grimme-Institut mit dem Eberhard-Fechner-Förderstipendium der VG Bild-Kunst ausgezeichnet worden.

- Crossmediales Jugendangebot

In der Sitzung der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten am 13. März 2014 habe es keine Einigung auf das von ARD und ZDF vorgelegte Konzept für ein gemeinsames crossmediales Jugendangebot gegeben. Bayern, Sachsen und Hessen seien nach wie vor dagegen. Laut Beschluss sollen Fragen beantwortet werden, die vor allem durch die KEF aufgeworfen seien. Diese Fragen seien bisher jedoch nicht bekannt und es sei unklar, welche Punkte noch offen seien. Der Eindruck sei eher, dass andere Kämpfe ausgetragen würden. Über die Gründe könne man nur mutmaßen. Möglich sei, dass das Konzept immer noch nicht überzeuge. Aus verschiedenen Quellen sei zu vernehmen gewesen, dass es nicht zukunftsgerichtet genug und zu sehr der Vorstellung heutiger Mediennutzung verhaftet sei.

Radio Bremen habe die Position vertreten, dass das Konzept klarer in Richtung crossmediale Plattform konturiert werden müsse. Es sei nicht besonders hilfreich, dass die Führungsrolle des Fernsehens weiterhin so stark betont werde. Durchsetzen können habe man sich mit dieser Position noch nicht, auch wenn die Fraktion derjenigen, die dieser Ansicht seien, wachse. Die nächsten Schritte werden nun sein, dass ein Film hergestellt werde von jungen Menschen aus den Häusern, in dem gezeigt werden solle, wie die Nutzung des Jugendangebots von Radio über Online und soziale Medien bis hin zu Fernsehen über den Tag aussehen würde. An dem dazu stattfindenden Workshop werde auch ein junger Radio Bremen-Kollege teilnehmen. In der Juni-Sitzung der Ministerpräsidentinnen und –präsidenten solle dieser Film dann präsentiert werden.

Die Vorsitzende bedankt sich beim Intendanten für die Informationen und konstatiert, dass das Ergebnis der MPK zum crossmedialen Jugendangebot niederschmetternd sei. Möglicherweise sei nicht genügend vermittelt worden, dass die Deckelung auf 45 Mio.€ in jedem Fall stattzufinden habe. In der Klausurtagung von Rundfunk- und Verwaltungsrat am 6. Februar 2014 zu diesem Thema habe auch Frau Olberding vom SWR bestätigt, dass dies für die-

ses Vorhaben kein besonders großer Etat sei. Gleichzeitig sei angemerkt worden, dass dies für Radio Bremen im Vergleich zum Jahresetat des Senders eine erkleckliche Summe sei. Sie hoffe nicht, dass es sich um eine Beerdigung erster Klasse handle, dies fände sie auch für die Zukunft der Sender schwierig.

Auf die Frage von **Herrn Prof. Dr. von der Vring** ob es in der ARD eine Diskussion über die Mängel des Konzepts gebe, bestätigt **Herr Metzger**, dass dazu eine durchaus kontroverse Diskussion geführt worden sei, schon über mehrere Runden. Auf der ARD-Sitzung in München am 7./8. April 2014 werde dies wieder geschehen, nur müsse letztlich vor allem die federführende Landesrundfunkanstalt, in diesem Fall der SWR, von dem Konzept überzeugt sein. Hoffnung mache, dass nun zum ersten Mal junge Menschen aus den verschiedenen Häusern eine Präsentation erarbeiten werden, bei der wenig lineares Fernsehen herauskommen werde. Insofern nähere man sich aus Radio Bremen-Sicht mit jeder Diskussionsrunde immer mehr dem Projekt, wie es eigentlich sein sollte.

Aus dem Rundfunkrat wird die Frage gestellt, welche Rolle das ZDF bei dieser Frage der Präsentation spiele. Das Mitglied möchte wissen, ob es einen Plan B gebe, z.B. ohne das ZDF ein eigenes Konzept vorzulegen, oder ob die Probleme dann ARD-intern bestehen bleiben würden.

Herr Metzger erklärt, dass das ZDF nun zum ersten Mal mit jungen Programm-Macherinnen und Machern an diesem Film beteiligt sei. Dies sei ein Schritt in die richtige Richtung, um beim ZDF mehr Begeisterung für das Projekt zu wecken. Bisher sei dort nur die Leitungsebene beteiligt gewesen, weit weg von denjenigen, die das Jugendangebot am Ende umsetzen sollen. Es gebe außerdem die Überlegung, das ZDF stärker in die schon eine Weile arbeitende Konzept-AG einzubinden. Auch hier seien bisher nur die ZDF-Chefs beteiligt gewesen. Dies sei der Wunsch der ARD und es bestehe der Eindruck, dass sich das ZDF dem allmählich öffne. Einen Plan B gebe es nicht, da niemand aus der Konstellation ausbrechen wolle. Sollte das Konzept so nicht angenommen werden, müsse man völlig neu verhandeln.

Ein Rundfunkratsmitglied stellt in Frage, ob es eine gute Idee sei, auf der MPK einen Film zu präsentieren. Auf der Klausurtagung am 6. Februar 2014 habe es eine eindrucksvolle Präsentation gegeben und es seien alle Beteiligten aus gutem Grund zu der Überzeugung gekommen, dass das Projekt des crossmedialen Jugendangebots nachdrücklich unterstützt werden müsse und dass dies auch alle tun. Das Mitglied habe aber Zweifel, ob ein Zusammenschluss der Module und Elemente, die man in der Sitzung präsentiert bekommen habe, den Königsweg darstelle, um die nötige Überzeugungsarbeit zu leisten. Da die dort versammelten Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten dann unter sich und die möglicherweise aufgeschlosseneren Referentinnen und Referenten nicht zugegen seien, könne sich der eine oder andere eher in seinen Zweifeln bestärkt sehen. Das Mitglied äußert den Wunsch, daher auch noch andere Überzeugungsstrategien für diese Zielgruppe zu erarbeiten.

Frau Lemke-Schulte erinnert daran, dass sie bereits alle Anwesenden dazu aufgefordert habe, das ihnen Mögliche dazu zu tun, soweit die Verbindungen und Netzwerke reichen. Sie gehe aber davon aus, dass ein Film nicht schaden könne. Auch für die Beratungen der Gremienvorsitzenden sei dies hilfreich gewesen, wenngleich in der Tat einige Mitglieder die präsentierten Inhalte, die Sprache und Anmutung zunächst als gewöhnungsbedürftig empfunden hätten. Im Verlaufe der Diskussion hätten sie sich jedoch daran gewöhnt und akzeptiert, dass dies den Bedürfnissen der jungen Leute entspreche.

Auf die Frage **eines Rundfunkratsmitglieds**, ob sich Bremen Vier an dem Projekt „Dvořák-Experiment – ein ARD-Konzept macht Schule“ beteiligen werde, bestätigt **Herr Weyrauch**, dass Schulen aus dem Sendegebiet rekrutiert worden seien, die dieses Projekt begleiten werden. Man werde es über die Kindersendung „Zebra Vier“ abbilden, Online-Hinweise geben und auf die eigens für dieses Projekt gestaltete Homepage verlinken. Das Projekt werde vornehmlich vom Nordwestradio begleitet, aber auch von Bremen Vier, wobei sich auch bei den anderen ARD-Anstalten in erster Linie die Kulturwellen beteiligen und die Jugendwellen vornehmlich online an dem Projekt partizipieren.

TOP 5: Bericht aus den Ausschüssen

Der Vorsitzende des Hörfunkausschusses berichtet, dass sich der Hörfunkausschuss in seiner letzten Sitzung am 19. Februar 2014 schwerpunktmäßig mit der Welle Bremen Eins beschäftigt habe. Er sei in der Sitzung nicht zugegen gewesen, habe sich über das Protokoll jedoch einen Eindruck von der Sitzung verschafft. Es habe eine Präsentation von Herrn Welfers, dem Programmleiter von Bremen Eins, gegeben und eine Programmbeobachtung zu dem neuen Sendeformat „Eine Stunde mit“, namentlich in Bezug auf die Sendung vom 24. Januar 2014 mit Klaus Lage. Seinem Eindruck nach sei es eine lebendige Sitzung gewesen, auch wenn der Ausschuss nicht beschlussfähig gewesen sei. Der Hörfunkausschuss sei also massiv betroffen von der geringen Sitzungsbeteiligung. Er habe im Nachgang zur Sitzung mit Herrn Welfers gesprochen und sich entschuldigt, da die geringe Beteiligung kein gutes Signal sei, auch an diejenigen, die die Sitzungen ausführlich vorbereiten. Nichtsdestotrotz habe es eine lebendige Diskussion gegeben, die von einer sehr großen Wertschätzung und Akzeptanz von Bremen Eins geprägt gewesen sei. Herr Dembski bittet anwesende Hörfunkausschussmitglieder, seine Ausführungen gegebenenfalls zu ergänzen. In der nächsten Sitzung am 24. April 2014 werde sich der Hörfunkausschuss im Schwerpunkt mit Bremen Vier und dort speziell im Rahmen einer Programmbeobachtung mit der Kindersendung „Zebra Vier“ beschäftigen.

Die Vorsitzende des Fernsehausschusses berichtet, dass der Fernsehausschuss am 4. März 2014 getagt und den Tatort „Brüder“ als Schwerpunktthema gehabt habe. Zu Gast gewesen seien Annette Strelow, die Leiterin der Abteilung Unterhaltung, und Teja Adams aus der Digitalen Garage. Der Tatort habe kriminelle Familien-Clans, migrantisches Milieu und Wirkungen, Verflechtungen und Bedrohungen, die sich in die Polizei und die Gerichtsbarkeit hineinziehen, zum Thema gehabt. Man habe intensiv über den Tatort diskutiert, über Charakterzeichnung, Überzeichnung, über die Schwierigkeiten des Ausstiegs aus der familiären Struktur und der im Tatort vorgenommenen Darstellung. Überraschenderweise habe es keine Reaktionen auf den Tatort aus dem migrantischen Milieu gegeben, glücklicherweise auch nur in ganz geringfügigem Maße aus der rechten Szene. Insgesamt sei der Tatort „Brüder“ ein schöner, viel beachteter Tatort, zu dem man den Sender nur beglückwünschen könne.

Vorge stellt und diskutiert worden sei zudem auch der im Anschluss an den Tatort im Internet veranstaltete Google-Hangout, ein 45-minütiger Video-Live-Chat mit Protagonisten aus dem Tatort-Team und mehreren Fans aus ganz Deutschland. Leider habe es große technische Schwierigkeiten gegeben, die die Ausstrahlung etwas beeinträchtigt haben. Auch wenn hier die Toleranz bei Internetangeboten offenkundig höher sei als bei Fernsehausstrahlungen, habe dies einen störenden Charakter gehabt. Teja Adams sei sowohl für die Konzeption, Moderation und die technische Steuerung des Chats verantwortlich gewesen. Da dies eine große Herausforderung gewesen sei, werde die Aufteilung bei einem nächsten Hangout anders erfolgen. Was die inhaltliche Seite angehe, sei aufgefallen, dass seitens der Diskutanten ein starker Hang zu Nebensächlichkeiten bestanden habe (z.B. „Warum hat Stedefreund eigentlich keine Freundin?“).

Ferner habe sich der Ausschuss mit aktuellen Themen befasst und u.a. erfreut zur Kenntnis genommen, dass buten un binnen nach der Umstrukturierung eine positive Quotenentwicklung zu verzeichnen habe.

Die stellvertretende Vorsitzende des Finanz- und Organisationsausschusses berichtet, dass sich der Ausschuss in seiner Sitzung am 20. März 2014 mit dem 19. KEF-Bericht und dem Finanzausgleich beschäftigt habe. Da sie der in der heutigen Rundfunkratssitzung unter TOP 7 zur erfolgenden Behandlung nicht vorgreifen wolle, werde sie den Bericht kurz halten. Es sei eine ausführliche Debatte geführt worden anhand der vom Haus zur Verfügung gestellten Vorlage 03/2014, die die für Radio Bremen wichtigsten Stellen im KEF-Bericht gut zusammengefasst habe. Der Finanz- und Organisationsausschuss habe diese Vorlage zur Kenntnis genommen und empfehle dem Rundfunkrat, sie ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen.

TOP 6: Bericht vom Arte-Programmbeirat und ARD-Programmbeirat

Frau Ella-Mittrenga erklärt, dass der ARD-Programmbeirat seit der letzten Rundfunkratssitzung an folgenden Terminen getagt habe: am 10./11. Dezember 2013 in Köln, am 28./29. Januar 2014 in München, am 25./26. Februar 2014 in Bremen und am 25./26. März 2014 in Hamburg. Zudem habe es am 25./26. Februar 2014 einen gemeinsamen Workshop mit der Gremienvorsitzendenkonferenz gegeben.

In Köln habe es ein Werkstattgespräch zu den politischen Magazinen gegeben, zu dem Redakteurinnen und Redakteure verschiedener Sendungen zu Gast gewesen seien. Diese Werkstattgespräche organisiere der ARD-Programmbeirat regelmäßig zu verschiedenen Themenstellungen, um mit Verantwortlichen ins Gespräch zu kommen, um sich einerseits auch bestimmte Profile vorstellen zu lassen und andererseits die Programmebeobachtung des Beirats zusammengefasst und strukturiert vorzutragen. Die einzelnen Magazine seien unterschiedlich bewertet worden. Intensiv debattiert worden sei die Strukturierung (Moderation – Beitrag – Moderation), die als ermüdend und erlahmend empfunden worden sei, und ob es hier andere Formen der Darstellung geben könnte.

Auf der Sitzung in München habe der ARD-Programmbeirat ausführlich über das angestrebte crossmediale Jugendangebot diskutiert. Der Beirat stehe wie die Gremienvorsitzendenkonferenz geschlossen hinter dem Konzept und wünsche sich eine schnelle Umsetzung. Der ARD-Programmbeirat habe an diesem Termin gemeinsam mit der Fernsehprogrammkonferenz (FPK) getagt und die Präsentation zum crossmedialen Jugendangebot vom SWR vorgeführt bekommen, die der Rundfunkrat in der Klausurtagung am 6. Februar 2014 ebenfalls erhalten habe.

In der Sitzung in Bremen sei es vor allen Dingen um die erste Auswertung der Berichterstattung zu den Olympischen Winterspielen in Sotschi, auch im Vorfeld des Sportereignisses, sowie generell zur Berichterstattung auf der Krim gegangen. Hier sei vom Beirat im Übrigen durchaus kritisch gesehen worden, dass die deutsche Medienlandschaft teilweise doch sehr einseitig kritisch auf Russland schaue. Hier habe man zumindest eine Debatte angefangen und die Frage gestellt, wie ausgeprägt die interkulturelle Kompetenz in einigen Redaktionen sei.

In Hamburg habe es einen Workshop zum Thema Sport gegeben mit den wichtigsten Macherinnen und Machern rund um die Sportberichterstattung. Herr Prof. Dr. von der Vring habe zur Rundfunkratssitzung am 23. Oktober 2013 eine Vorlage hierzu vorgelegt und angedeutet, dass sich der Rundfunkrat vor allem einmal mit der Frage der Finanzierung der Sportberichterstattung in der ARD beschäftigen sollte. In dem Workshop am 25./26. März 2014 habe sich der Beirat zunächst informieren lassen und Nachfragen gestellt. Eine Positionierung werde in der nächsten Sitzung erarbeitet. Der Workshop sei interessant gewesen, da gerade in Bezug auf die Fußballrechte immer mit sehr unklaren Zahlen gearbeitet werde. Gleichzeitig stehe man hier natürlich auch unter einer besonderen Beobachtung, was man in dieses System – und

hierbei handle es sich nicht gerade um Breiten-, sondern um Spitzensport mit Spitzenverdienern etc. – an öffentlich-rechtlichen Mitteln rein gebe. Es sei eine gute Debatte gewesen, aber an einigen Stellen müsse noch einmal nachjustiert werden.

Die Überschrift des gemeinsamen Workshops von GVK und ARD-Programmbeirat sei „Qualität im Dialog“ gewesen. Es seien vier Evaluierungsstrategien und –praktiken aus verschiedenen Häusern vorgestellt worden. Diese seien alle durchaus sinnig gewesen, allerdings sei die Programmbeobachtungskritik der Gremien in die Evaluierungskonzepte nicht integriert gewesen. Es gebe also im Grunde hausinterne Evaluierungsverfahren und parallel dazu die Arbeit der Gremien. Dies sei sehr aufschlussreich gewesen und ganz offensichtlich in der Schärfe noch nicht zutage getreten. Ebenfalls aufgefallen sei, dass es sich um eine Evaluierung im System handle. Es werden einzelne Sendungen angeschaut und dann gebe es verschiedene Verfahren und Schritte. Dies könne man sehr strukturiert machen, was aber gefehlt habe, sei ein Ort, von dem aus eine Betrachtung der Metaebene möglich sei – also die Beantwortung der Frage, welche Anmutung die ARD habe, wo sie perspektivisch hinwolle und eine Idee, wie man das auch mit Qualitätsdebatten steuern könne. Es stelle sich die Frage, wo der Raum sei, in dem auch mal etwas wegfallen und Neues entstehen könne, und zwar in größerem Stil als nur im Hinblick auf Veränderungen an einem Format. Der Workshop habe offensichtlich nicht auf eine Beantwortung dieser Fragen abgezielt, sie habe es aber dennoch vermisst und finde auch, dass es hier eine strategische Lücke in der ARD gebe. Während ihrer Tätigkeit im ARD-Programmbeirat habe sie von einem Ort, an dem so etwas statfinde, noch nicht gehört – abgesehen von der Digitalen Garage, die einfach mal etwas Neues ausprobieren und teste, was möglich sei. Ansonsten habe sie den Eindruck, dass die ARD hier wenig entwicklungsfreudig sei. Dies finde sie problematisch.

Frau Lemke-Schulte bedankt sich für den Bericht und stellt fest, dass die Mitarbeit im ARD-Programmbeirat eine zeitaufwändige Aufgabe sei, die Engagement erfordere. Da es keine Wortmeldungen gibt, gibt sie das Wort an Frau Schreiner.

Frau Schreiner berichtet, dass der Programmbeirat der ARTE Deutschland TV GmbH weniger häufig tage, nämlich vier Mal im Jahr. Die letzte Sitzung habe am 11. Dezember 2013 beim Rundfunk Berlin-Brandenburg in Potsdam stattgefunden.

Zum Ende des Jahres 2013 falle die Akzeptanzentwicklung insgesamt positiv aus. ARTE habe Ende 2013 in Deutschland seinen bisher besten Marktanteil in Höhe von 0,9 Prozent (03 Uhr bis 03 Uhr) erreicht (0,8 Prozent in 2012). Vor allem das Hauptabendprogramm zwischen 20:15 Uhr und 22:00 Uhr sowie das Angebot am späteren Abend habe deutlich an Akzeptanz hinzugewonnen. Auch in Frankreich seien Zuschauer und Zuschauerinnen hinzu gewonnen und ein Marktanteil von 2,0 Prozent erreicht worden (1,8 Prozent in 2012).

Aber nicht nur im TV-Angebot sei eine gute Akzeptanz zu verzeichnen, sondern vor allen Dingen auch bei den Online-Angeboten von ARTE. Der monatliche Traffic auf den Websites der ARTE-Gruppe habe sich auf 6,5 Millionen Unique Visits (Anstieg von 42 Prozent zu 2012) und 31,9 Millionen Page Views belaufen. 47 Prozent der Besuche der ARTE-Websites seien dabei aus Frankreich erfolgt, 43 Prozent aus Deutschland. Besonders erfreulich sei, dass auch die durchschnittliche Verweildauer von 9,23 auf 10,21 Minuten gestiegen sei. Wegen der verbesserten App-Angebote sei die mobile Nutzung sogar um 56 Prozent gestiegen.

Der Beirat habe mehrere Beispiele diskutiert, an denen man die Bedeutung des Onlineangebotes ablesen könne. Frau Schreiner berichtet ausführlich über das Format „Heimspiel“, ein Mitmach-Fernsehexperiment, bei dem Musiker zu ihren Fans nach Hause geschickt werden. Der Pilot dieses Formats habe im TV nur einen mäßigen Erfolg gehabt, habe dafür im Netz aber einen großen Zuspruch beim jungen Publikum und insgesamt über 300.000 Klicks erzielt, so dass für 2014 nun vier weitere Folgen „Heimspiel“ geplant seien. Die „Silversurfer“ habe ARTE bspw. online mit dem kompletten Opernzyklus von Giuseppe Verdi auf ARTE Live Web erreicht (100.000 Aufrufe).

Aber auch im linearen TV-Angebot haben mit anspruchsvollen Programmen gute Erfolge erzielt werden können. Bspw. habe ARTE als einziger Sender sofort auf den Tod von Nelson Mandela reagiert und eine Umprogrammierung in der Primetime vorgenommen. Auch die Unruhen in der Ukraine haben zu unmittelbaren Programmänderungen geführt. Diese Form von Aktualität werde von den Zuschauerinnen und Zuschauern sehr geschätzt.

Um noch besser auf die Zuschauerbedürfnisse einzugehen, werde es im neuen Jahr eine kleine Überarbeitung des Programmschemas geben, so z.B. am Donnerstagabend. Dort werde bei Bedarf die Serie in die 2. Primetime verschoben, um Schwerpunkte wie Charles Dickens oder „Starke Frauen“ zu senden.

Das Jugendangebot „Arte Junior“ am Sonntagmorgen werde zukünftig stärker auf die Acht- bis Zwölfjährigen zugespielt und ab Weihnachten ein neues Programmangebot starten. Die Geo-Reportage werde zu GEOlino, das Arte Journal zu einem Journal für Kinder, X:enius zu Kinder-X:enius usw. Ebenso werde über ein fiktionales Jugendangebot nachgedacht. Arte Junior sei aber keine Konkurrenz zu KIKA.

Schwerpunkt der Programmebeobachtung sei eine zehnteilige Dokumentationsreihe „Geliebte Feinde – Die Deutschen und die Franzosen“ gewesen. Die Reihe zeige die historische Bilanz von Gemeinsamkeiten und Rivalitäten. Sie untersuche die Beziehung jenseits des bleischweren Pathos früherer Zeiten und ergründe ihr Wesen nicht ausschließlich über Schlachten und Kriege. Sie stelle übergreifende Fragen, ob Deutsche und Franzosen nicht einander brauchen, um wirklich zu wissen, wer sie sind. Parallel zu dieser TV-Ausstrahlung habe es ein Online-Quiz und ein kostenloses, informatives eBook zur Filmreihe gegeben. Der Programmbeirat sei begeistert und ein-

stimmig der Meinung gewesen, dass es sich bei der Reihe um ein gelungenes Beispiel erfolgreicher Geschichtsvermittlung handele. Die Bezüge zwischen Vergangenheit und der Gegenwart hätten zu einem hohen Verständnis geführt. Dafür habe der Beirat ein großes Lob ausgesprochen.

Die nächste Sitzung des Programmbeirates Arte Deutschland finde am 2. April 2014 in Straßburg statt mit dem Schwerpunkt Programmbeobachtung „Geschichte und Thema am Dienstag“.

Frau Lemke-Schulte stellt fest, dass der ARD-Programmbeirat häufig tage und dadurch sehr aktuell sei. Frau Ella-Mittrenga habe berichtet, dass sich der Beirat mit der Berichterstattung über die Lage auf der Krim und in der Ukraine befasst habe. Der ARD-Programmdirektor und ggf. weitere Verantwortliche seien in den Sitzungen anwesend und es interessiere sie, wie die Kritik des ARD-Programmbeirates aufgenommen werde bzw. ob es eine Berichterstattung zur Umsetzung gebe.

Frau Ella-Mittrenga antwortet, dass sie in den eineinhalb Jahren als Mitglied im ARD-Programmbeirat habe feststellen müssen, dass die ARD ein großes Schiff sei, das nicht sehr kurzfristig umsteuere. Ihrem Eindruck nach übe der ARD-Programmbeirat durchaus Einfluss aus und die Kritik fließe in die Arbeit der ARD ein, aber es sei ein mühseliger und langfristiger Prozess. Beispielsweise würden auch aufgrund von Anregungen des Programmbeirates Umstellungen und Umstrukturierungen der Wochenendstrukturen stattfinden. Nichtsdestotrotz sei die Vielfalt der ARD einerseits ein Segen, andererseits an vielen Stellen aber auch ein Fluch, was konzentrierte Aktionen betreffe. Wenn bspw. die Berichterstattung zu einem bestimmten politischen Thema beobachtet und Kritik an dem eurozentrischen Blickwinkel geübt werde, könne man sich natürlich schnell hinter der Vielfalt der Akteure verstecken und sich darauf berufen, dass die Programm-Macherinnen und Macher auch in gewisser Art und Weise autonom seien. Nichtsdestotrotz sollen die Häuser immer dafür sorgen, dass die Protokolle an die entsprechenden Stellen gelangen in der Hoffnung, dass die geübte Kritik in den Häusern zur Kenntnis genommen werde und sich daraus interne Debatten entzündeten. Sie könne nach einem weiteren Jahr vermutlich besser berichten, wie sich angesprochene Themen in der Entwicklungslinie verhalten, aber schnell gehe dies in jedem Fall nicht.

Herr Weyrauch bestätigt, dass Programmkritik bei Radio Bremen an die Redaktion weitergeleitet werde. Die sich daraus – auch innerhalb der ARD – ergebenden Debatten seien in der Tat aber weniger kurzfristige Debatten als eher größere, strategische Debatten. Die bei den abendlichen Talkshows vorgenommenen Veränderungen seien bspw. durch den ARD-Programmbeirat angestoßen worden. Es könne aber durchaus zwei oder drei Jahre dauern, bis die Neuerungen eintreten. Auch die Struktur des Wochenendes habe immer wieder in der Kritik gestanden. Da allerdings jede Landesrundfunkanstalt ihre eigene Meinung vertrete und Lobbyarbeit für die eigenen Sendungen mache, bedeute bspw. allein schon die Verschiebung der „Sendung mit der Maus“ um eine Stunde eine große Diskussion. Insofern dauern Veränderun-

gen relativ lange, das Gute sei aber, dass sie am Ende doch erfolgen. So werde es zum Ende des Jahres auch ein neues Wochenendschema geben.

Auf die Frage **der Vorsitzenden**, wie sich dies bei ARTE gestalten, erklärt **Frau Schreiner**, dass dort die Anregungen aus dem ARTE-Programmbeirat mitgenommen werden und teilweise auch tatsächlich in Programmschemata-Änderungen einfließen. Bspw. habe der Themenabend am Dienstag kurz vor dem Aus gestanden, sei auf Empfehlung des ARTE-Programmbeirats dann aber doch beibehalten worden.

TOP 7: KEF-Bericht / Finanzausgleich
Vorlage 03/2014

Herr Metzger verweist auf seinen Brief an die Gremien vom 14. März 2014 und erklärt, dass die Finanzausgleichsregelung nun noch unter dem Vorbehalt stehe, dass der Staatsvertrag von den 16 Landtagen beschlossen werde. Dieser werde gerade erarbeitet und enthalte vor allem die Absenkung des Rundfunkbeitrages, auf Drängen der beiden Länder Bremen und Saarland aber auch die Erhöhung des Finanzausgleichs. Es sei davon auszugehen, dass dieser Staatsvertrag die Landtage ohne größere Probleme passiere.

Die beschlossene Neuregelung sei ein extrem wichtiger Moment für Radio Bremen. Vor ungefähr 15 Jahren sei der Finanzausgleich von 1,9 auf 1,0 Prozent geschrumpft und dann in den Jahren auch faktisch abgeschmolzen worden. Seitdem kenne dieses Haus nur Sparkurs, Spardruck und Neuausrichtung. Es seien schwierige Jahre gewesen, insofern sei das, was man gerade erlebe, eine Zeitenwende für diesen Sender.

Aufgrund der Liquiditätsdarlehen, die in gewisser Weise eine Teil-Vorwegnahme eines verbesserten Finanzausgleichs gewesen seien, habe Radio Bremen in 2013 und 2014 faktisch schon etwas mehr ausgeben können als im Jahr 2012. Dies werde sich in 2015 noch einmal etwas verbessern, aber was mindestens so entscheidend sei, die finanzielle Lage werde sich stabilisieren. Radio Bremen bekomme Planungssicherheit und müsse sich nicht weiter von Zwischenlösung zu Zwischenlösung hangeln. Man werde gewiss weiter sparsam wirtschaften, aber der Sender werde auch neue und zusätzliche Spielräume bekommen, die man natürlich vor allem im Programm einsetzen wolle.

Radio Bremen habe in den letzten Monaten eine eindrucksvolle Kette von Beschlüssen und auch Taten erlebt. Das sei zum einen der ARD-Vorschlag gewesen, der Kompromiss, der im vergangenen September in Bremen gefunden worden sei für einen verbesserten Finanzausgleich. Es habe im Anschluss daran eine sehr hilfreiche Kooperation mit der KEF gegeben, die auch in den Jahren vorher schon immer moniert habe, die kleinen Sender seien nicht ausreichend ausgestattet, aber jetzt sehr tatkräftig auch daran beteiligt gewesen sei, diesen MPK-Beschluss zu unterstützen. Radio Bremen habe die uneingeschränkte und sehr wertvolle Unterstützung der Bremer Senatskanzlei ge-

habt, die Seite an Seite mit der saarländischen Staatskanzlei die ARD-Beschlüsse und die Vereinbarungen mit der KEF in den Kreis der MPK hineingetragen habe. Schließlich habe es den Beschluss der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gegeben. Was man in den letzten Monaten erlebt habe, sei also ein sehr überzeugendes Bekenntnis zur Existenz von Radio Bremen und zu dem Wert der Arbeit, den der Sender für das Bundesland Bremen und auch als Impulsgeber in der ARD und letztlich als Teil einer vielfältigen föderalen Rundfunkordnung leiste. Die Existenz von Radio Bremen sei also auf absehbare Zeit gesichert.

Was die praktischen nächsten Schritte angehe, so werde man die neue Lage in den Finanzrahmen für den Wirtschaftsplan 2015 und in die mittelfristige Finanzplanung einarbeiten. Auf dieser Basis werde es am 20./21. Mai 2014 eine Klausur des Direktoriums geben, in der man drei Schritte vorhabe: erstens einen Kassensturz zu machen, welche Mittel in den nächsten Jahren tatsächlich zur Verfügung stehen. Zweitens die Investitionen in Programm und Technik für die kommenden Jahre zu planen. Zum Dritten werde man sich überlegen, was dies für die Personal- und Organisationsentwicklung bei Radio Bremen bedeute. Das angesprochene Thema „freie Mitarbeit versus Festanstellung“ könne im Lichte der neuen Verhältnisse auch neu betrachtet und neu bewertet werden. In dem letzten Quartalsgespräch mit den Führungskräften habe er alle Beteiligten gebeten, Ideen und Wünsche in Bezug auf die Verwendung der zusätzlichen Mittel zu äußern. Die Aufgabe sei es dann daraus klug und strategisch Schwerpunkte und Prioritäten zu bilden, was auf der neuen Grundlage deutlich einfacher werde, als es in den vergangenen Jahren gewesen sei. Man wisse nun viel besser, womit man rechnen könne, und vor allem könne man sich auch darauf verlassen, dieses Geld die kommenden Jahre zur Verfügung zu haben.

Der Intendant erklärt, dass er – und dies könne er vermutlich auch für die Kolleginnen und Kollegen sagen – mit diesem Ergebnis ausgesprochen zufrieden sei. Die Erfahrung, wie Radio Bremen und die Senatskanzlei bei aller Staatsferne in den vergangenen Monaten zusammengearbeitet haben, um auf diesem zerklüfteten und zum Teil äußerst schwierigen politischen Terrain dieses Ergebnis zu erreichen, sei bemerkenswert gewesen. Die Kollegen vom Saarländischen Rundfunk hätten eine ähnliche Erfahrung mit der Saarbrücker Staatskanzlei gemacht. Gemeinsam habe man dieses Ergebnis erreicht und er bedanke sich an dieser Stelle noch einmal herzlich in Richtung Rathaus für die hervorragende Unterstützung.

Frau Lemke-Schulte bedankt sich bei Herrn Metzger und bestätigt, dass ein Meilenstein erreicht worden sei. Der Verwaltungsratsvorsitzende und sie hätten den Intendanten zu diesem Ergebnis bereits beglückwünscht. Sie danke auch allen weiteren Beteiligten, wie Herrn Schrader, den Personalräten, aber auch den Rundfunk- und Verwaltungsräten, die mit Sicherheit ihren Teil dazu beigetragen haben, und natürlich ebenfalls der Senatskanzlei. Vor allem aber spreche sie dem Intendanten ihren herzlichen Glückwunsch aus. Es liege ihr am Herzen, und hier spreche sie sicherlich im Namen des gesamten Rundfunkrats, dass die zusätzlichen Mittel schwerpunktmäßig in das Programm

fließen. Die Vorsitzende fragt mit Bezug auf die Klausurtagung im Mai, inwiefern der Rundfunkrat entsprechend dem Radio Bremen-Gesetz und der Geschäftsordnung einbezogen bzw. informiert werde.

Herr Metzger erklärt, dass es sein Bestreben sein werde, dass möglichst viel in Programm bzw. in Programmentwicklung investiert werden könne. Daneben werde es auch notwendige technische Investitionen geben, wie z.B. bei der noch nicht abgeschlossenen Umstellung auf HD. Der Auftrag Radio Bremens sei es aber natürlich, Programme für das Land Bremen und die Bürgerinnen und Bürger dort zu machen, und dort solle der Spielraum hingehen. Er werde sich dabei dafür einsetzen, dass das Geld nicht mit der Gießkanne überall ein bisschen hin verteilt werde, sondern dass strategische Schwerpunkte gebildet werden. Seine persönlichen Präferenzen habe er bereits genannt: Man werde in das Online-Angebot investieren müssen, außerdem wolle man in ein Angebot für junge Menschen im Lande Bremen investieren, Stichwort NEXT. Dies müsse man jetzt alles ein bisschen konkretisieren. Dem Rundfunkrat werde man dies alles natürlich in bewährter Art und Weise berichten.

Herr Prof. Dr. von der Vring stellt fest, dass sich die finanzielle Situation Radio Bremens dank des neuen Finanzausgleichs von 1,6 Prozent und einer stabileren Beitragsentwicklung gerade in Städten wie Bremen oder Berlin deutlich verbessern werde. Der Sender habe sich in den letzten Jahren wegen der knappen Mittel immer wieder etwas einfallen lassen müssen und der Landesrechnungshof habe zuletzt auch in Frage gestellt, ob die Finanzierung über Kredite legal sei. Nun sollten die Zeiten vorbei sein, in denen beim Aufstellen des Haushaltsplans gebastelt werden müsse und man werde darauf bestehen, dass wie in der Vergangenheit am Ende einer Gebührenperiode in der mittelfristigen Finanzplanung eine schwarze Null stehe. Schulden zu machen, müsse aus der Gewohnheit verschwinden und auch das nenne er die Perspektive der Konsolidierung.

Ein Rundfunkratsmitglied erklärt, dass die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz zu Recht gewürdigt gehören, bittet aber um Erläuterung ihrer Kompatibilität zu den Bremer Beschlüssen der ARD, auch im Hinblick auf das daraus resultierende finanzielle Volumen.

Der Intendant erklärt, dass das Ergebnis kompatibel sei und er den Weg dahin kurz erläutern wolle. Das in Bremen ausgehandelte ARD-Modell habe mit drei Bausteinen und einem Volumen von rund 10 Mio.€ mehr im Jahr jeweils für den Saarländischen Rundfunk und für Radio Bremen gearbeitet. Die KEF und schließlich auch die Ministerpräsidentinnen und –präsidenten hätten jedoch ein Problem mit dem dritten Baustein gehabt, der den beiden kleinen Landesrundfunkanstalten eine direkte Anmeldung von Projekten bei der KEF ermöglicht hätte. Da der Dissens hierzu nicht aufgelöst worden sei, hätten die Länder beschlossen, wie auch von der KEF gewünscht stattdessen einen Prozentsatz festzulegen. Die plus 10 Mio. € seien daher auf einen erhöhten Finanzausgleich umgerechnet worden. Die 1,6 Prozent wären in ihrer gegenwärtigen Wirkung also identisch mit plus 10 Mio.€ im Jahr. Da es die 1,6 Pro-

zent aber erst ab 2017 geben werde, erhalte Radio Bremen entsprechend dem ARD-Modell in den Jahren 2015 und 2016 jährlich 5 Mio.€ sogenannten „Freiwilligen Finanzausgleich“ der ARD und weitere knapp 5 Mio.€ Ausgleichszahlungen für die strukturelle Unterfinanzierung Radio Bremens, die nach einer Verabredung mit der KEF über die Beitrags-Mehreinnahmen der ARD zwischenfinanziert werden. Ab 2017 werde diese Zwischenlösung dann per Staatsvertrag abgelöst durch die Anhebung des Finanzausgleich-Prozentsatzes auf 1,6 Prozent.

Man müsse allerdings auch deutlich sagen, dass man ab 2017 an die Beitragseinnahmen der ARD gebunden sei, da Radio Bremen dann ungefähr die Hälfte der 1,6 Prozent des Nettobeitragsaufkommens der ARD bekomme. Sinken also die Beitragseinnahmen, werde der Sender doppelt darunter leiden aufgrund geringerer Einnahmen im Lande Bremen, aber auch geringerer Einnahmen über den Finanzausgleich. Umgekehrt werde Radio Bremen bei einem Anstieg der Beitragseinnahmen vermutlich doppelt profitieren. Es gebe also Unschärfen, da unklar sei, welches Finanzvolumen in der Zukunft hinter diesen 1,6 Prozent stehen werde.

Die Lösung habe aber auch zwei unbestreitbare Vorteile. Erstens sei geklärt, wo das Geld herkommen solle, was für Radio Bremen ein hohes Maß an Sicherheit bedeute. Zweitens sei die Chance groß, dass die staatsvertragliche Verankerung dieser neuen Finanzausgleichsregelung durch die Koppelung mit der Absenkung des Rundfunkbeitrags ohne größere Probleme in den Landtagen beschlossen werde. Hätte man die Verhandlungen über den dritten Baustein erst zu einem späteren Zeitpunkt geführt, wäre der Ausgang ungewiss gewesen. Seiner Einschätzung nach hätte Radio Bremen von einem direkten Zugang zur KEF deutlich profitieren können, der eingeschlagene Weg sei jedoch der sicherere gewesen. Mit ihm könne Radio Bremen letztendlich auch gut leben.

Der Verwaltungsratsvorsitzende erinnert daran, dass bei der alten Finanzausgleichsregelung 1999 jede einzelne ARD-Anstalt den Vertrag einseitig habe kündigen können, und fragt, ob es eine solche Sonderkündigungsregelung auch bei dem neuen Vertrag gebe.

Herr Schrader antwortet, dass es weiterhin ein Sonderkündigungsrecht geben werde, das für die „gebenden“ Rundfunkanstalten hinsichtlich des von ihnen zum Finanzausgleich geleisteten Beitrags bestehe. Der Finanzausgleich an sich könne jedoch nicht gekündigt werden, so dass Radio Bremen und der Saarländische Rundfunk das ihnen zustehende Geld weiterhin erhalten werden. Bei einer Kündigung stelle sich nur die Frage, wer dieses dann aufbringe.

Ein Rundfunkratsmitglied erkundigt sich, in welcher Höhe Mittel für „Altlasten“, insbesondere für die Deckungsstocklücke u.ä., benötigt werden und welcher Spielraum dann überhaupt noch übrig bleibe.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied stellt fest, dass der Rundfunkrat viele wichtige Punkte behandle, aber die Neuregelung des Finanzausgleichs sei der wichtigste Punkt, der jemals behandelt worden sei, da es schlicht um die Frage der Existenzsicherung von Radio Bremen gehe. Das Mitglied könne die Ausführungen von Frau Lemke-Schulte nur unterstützen und bedanke sich ebenfalls beim Intendanten für die erfolgreichen Verhandlungen. Es sei ein tolles Ergebnis. Vor einigen Monaten habe man noch darüber diskutiert, dass der laufende Betrieb mit Überbrückungsdarlehen finanziert werden müsse. Die Frage, wie es insgesamt mit den Finanzen weitergehe, sei also damit nicht endgültig geklärt, aber das Mitglied verstehe die Neuregelung des Finanzausgleichs als eine solide Grundlage für die Existenzsicherung. Nun müsse geprüft werden, wie man das nun sicher zur Verfügung stehende Geld vernünftig in den nächsten Jahren verplanen könne. Hier sei man auf dem Weg dahin.

Herr Metzger bedankt sich für das Lob. In Bezug auf die Frage zu bestehenden Altlasten erklärt er, dass es immer Risiken gebe, was die Bedienung der Deckungsstöcke angehe, zumal die Höhe der Leistungen und Zuführungen auch von versicherungsmathematischen Gutachten abhängig sei, auf die der Sender keinen Einfluss habe. Aktuell bestehe bei dem Deckungsstock Radio Bremens jedoch kein erkennbares Loch. Die ARD habe Radio Bremen bereits im vergangenen Jahr zugesagt, dessen „alte“ Lücke im Altersversorgungs-Deckungsstock bis zum Jahr 2016 zu schließen. Die Deckungsstocklücke, die sich bei vielen Landesrundfunkanstalten aufgrund des Bilanzmodernisierungsgesetzes BilMoG ergebe, werde in den nächsten Jahren darüber bedient, dass die Landesrundfunkanstalten weiterhin zweckgebunden 25 Cent aus dem Beitrag für die Deckungsstöcke erhalten. Hier sei Radio Bremen also nicht sorgenschwerer als andere Landesrundfunkanstalten auch.

Zu verhandeln bleibe, wie die 4,4 Mio.€, die Radio Bremen jeweils in den Jahren 2013 und 2014 von der ARD zur Überbrückung erhalten habe, zurückgeführt werden. Es sei gemeinsames Verständnis, dass dies ein Vorgriff auf einen verbesserten Finanzausgleich gewesen sei und es wäre eigentlich widersinnig, wenn Radio Bremen diese Darlehen zurückzahlen müsste. Gleichzeitig bleibe zu bedenken, dass von den zusätzlichen 10 Mio.€ pro Jahr seit 2013 bereits jährlich 4,4 Mio.€ ausgegeben würden. Der verbleibende Spielraum betrage also 5,6 Mio.€, aber selbst das sei natürlich eine deutliche Verbesserung. Ebenso die damit verbundene Sicherheit wie auch die Tatsache, dass große Teile des Leistungs-Gegenleistungs-Ausgleichs, also Sachleistungen in Barmittel umgewandelt werden. Auch dadurch würden eine größere Freiheit und mehr Spielraum erreicht.

Auf die Frage **aus dem Rundfunkrat** nach dem Stand der Dinge in Bezug auf ein werbefreies Programm antwortet **der Intendant**, dass der Beschluss der MPK ausdrücklich vorsehe, dass das Thema Werbung noch einmal behandelt werden müsse. Es gebe Länder wie Nordrhein-Westfalen, die einen Einstieg in den Ausstieg aus der Werbung fordern. Es sei gemeinsames Verständnis, dass dieser gegenfinanziert werden müsste und Radio Bremen werde sich hierfür entsprechend einsetzen, da der Sender im Vergleich zu anderen Lan-

desrundfunkanstalten aus der Werbung überproportional hohe Erlöse erziele. Diese Mittel seien für das Haus sehr wichtig. Entscheidend wäre bei einem Ausstieg aus der Werbung also, dass er kompensiert würde und dies würde nach dem bisherigen gemeinsamen Verständnis auch mithilfe der Beitrags-Mehreinnahmen geschehen. Ob dieses Geld am Ende tatsächlich für einen Ausstieg aus der Werbung oder für andere Anliegen verwendet werde, sei aber letztlich auch eine Frage des politischen Kompromisses. Klar sei hier jedoch auch, dass es keinen Sinn mache, den kleinen Landesrundfunkanstalten die über die Finanzausgleichsregelung zugestandenen Mittel auf dem Weg des Werbeverzichts gleich wieder wegzunehmen. Man müsse zunächst die Evaluierung in 2014 und vermutlich auch die erste Hälfte des Jahres 2015 abwarten, bis sich klarere Konturen abzeichnen, so dass die Auswirkungen für Radio Bremen beziffert werden können. Sollte es einen Ausstieg aus der Werbung geben, sei in jedem Fall geplant, dass dieser ausgeglichen werde.

Der Rundfunkrat nimmt die Vorlage zum 19. KEF-Bericht und die Informationen zur Finanzausgleichsregelung mit großer Freude zur Kenntnis.

**TOP 8: Teilprojekt Radio Bremen/Bremedia – Jahresbericht
 2013/2014
 Vorlage 04/2014**

Herr Metzger erklärt, dass sich die Geschäftsleitung dazu verpflichtet habe, jährlich zum Teilprojekt Radio Bremen/Bremedia zu berichten. Sollte es Fragen geben, beantworte man diese gerne.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Rundfunkrat nimmt die Informationsvorlage zum Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Teilprojekt 2 zur Kenntnis.

**TOP 9: Deutsche Fernsehlotterie
 Vorlage: Präsentation**

Frau Lemke-Schulte erinnert an die Vertagung des Tagesordnungspunktes aufgrund der krankheitsbedingten Abwesenheit von Herrn Kipper.

**TOP 10: Media Analyse Radio I
 Vorlage 05/2014**

Die Vorsitzende übergibt die Sitzungsleitung an die **stellvertretende Vorsitzende, Frau Ella-Mittrenga**.

Herr Weyrauch führt ein, dass die vorliegende Media Analyse (MA) insgesamt sehr positiv für Radio Bremen ausfalle. Bei der letzten MA habe Herr Brunsen in einem Vortrag über die Problematik der Generierung steigender Hörerzahlen in der werberelevanten Durchschnittsstunde durch Radio Energy berichtet. Dies sei in der vorliegenden MA wieder zurückgedrängt worden.

Man habe bei Bremen Vier gegengesteuert und programmliche Maßnahmen – musikalischer als auch programminhaltlicher Art – ergriffen. Dies scheine erste Wirkungen zu zeigen und es sei erfreulich, dass Bremen Vier wieder über 100.000 Hörerinnen und Hörer pro Durchschnittsstunde habe. Diese sechsstellige Zahl sei sehr wichtig für die werbetragenden Programme Bremen Eins und Bremen Vier, auch wenn die aktuelle MA nicht preisbildend sei. Für die Argumentation gegenüber den Werbetreibenden, Werbung bei den beiden Wellen zu schalten, sei dies jedoch hilfreich. Wichtig sei nun, dass sich dieser Trend bei der nächsten MA, die dann wieder preisbildend sei, bestätigen werde. Man sei aber zuversichtlich, da die zweite Befragungswelle, die auch in die nächste MA eingehen werde, sowohl bei Bremen Vier als auch bei Bremen Eins positiv ausgefallen sei.

In Bezug auf die einzelnen Wellen lasse sich Folgendes feststellen:

Bremen Eins habe einerseits bei den Marktanteilen gewonnen, andererseits aber bei der Tagesreichweite einen Verlust zu verzeichnen. Dies sei unter anderem auf ein stärker werdendes NDR 1 Niedersachsen zurückzuführen, das sich musikalisch Bremen Eins annähere. Hier müsse man gegensteuern. Andererseits habe Bremen Eins treue und langjährige Hörerinnen und Hörer, was zu erheblichen Marktanteilssteigerungen geführt habe. Insofern ergebe sich ein differenziertes Bild für Bremen Eins und ein positives Bild bei Bremen Vier.

Auch das Nordwestradio habe positive Ergebnisse zu verzeichnen, die allerdings keine Folge der Programmreform sein könnten, da diese erst nach dem jüngsten Befragungszeitraum realisiert worden sei. Man sei aber zuversichtlich, dass sich dieser positiv andeutende Trend fortsetzen werde.

Zum Funkhaus Europa könne man wenig sagen, da die Welle nicht nur in Bremen und Umgebung ausgestrahlt werde, sondern auch in Berlin-Brandenburg und in Nordrhein-Westfalen. In Bremen seien die Werte bei dieser MA runtergegangen, dafür aber in Nordrhein-Westfalen gestiegen, was insgesamt zu einem Anstieg geführt habe. Inwiefern die Entwicklung mit den in Bremen produzierten Teilen zusammenhänge, sei schwer zu sagen.

In der Vorlage sei auch auf die positive Akzeptanzentwicklung bei buten un binnen eingegangen worden. Der Marktanteil liege wochentags nun nahezu immer bei über 20 Prozent. Auch am Wochenende sei eine Entwicklung zu verzeichnen, allerdings liege man hier noch deutlich unter 20 Prozent – sonntags bei 10 bis 11 Prozent und samstags etwas darüber. Aber insgesamt sei dies ein sehr erfreuliches Ergebnis.

Ein Rundfunkratsmitglied erkundigt sich, wie sich die im Stadtbild doch prägnant wahrzunehmenden Werbemaßnahmen ausgewirkt haben. Dort werde gerade auf das Thema Tagesaktualität stark Bezug genommen.

Herr Weyrauch erklärt, dass man sehr positive Reaktionen von Zuschauern auf die Werbekampagne von buten un binnen „Wenn das passiert, sehen

Sie es bei uns“ bekommen habe. Man wisse, dass sie sehr stark wahrgenommen worden sei. Ob sich dies allerdings in Quoten ausdrücke, darüber könne man nur spekulieren. Es seien nicht nur diese Plakate geschaltet, sondern auch die Zuschauerinnen und Zuschauer aufgerufen worden, ihre Versionen online zu schicken. Es habe eine rege Beteiligung gegeben und die Redaktion sei auch sehr spielerisch mit der Kampagne umgegangen.

Auf Nachfrage **aus dem Rundfunkrat** führt **der Programmdirektor** aus, dass FluxFM in Berlin in der MA inzwischen nachweisbar sei. In Bremen sei dies weiterhin nicht der Fall, was aber damit zu tun habe, dass zunächst eine gewisse Grundgesamtheit erreicht werden müsse, um überhaupt ausgewiesen zu werden.

Auf die Frage, ob der Sender Radio 21 verfolgt werde und ob er eine ernstzunehmende Konkurrenz sei, führt **Herr Weyrauch** weiter aus, dass die Welle vor zwei oder drei Jahren eine Frequenz erhalten und man ihn seither im Blick habe. Er stelle schon eine gewisse Konkurrenz für Bremen Eins dar, wobei dies auch das Geschäft belebe. Bremen Eins sei auf der einen Seite von dem derzeit sehr erfolgreichen Programm NDR 2, auf der anderen Seite von NDR 1 Niedersachsen, das sein Musikprogramm umgestellt habe, als auch von dem stärker rockfokussierten Radio 21 in die Zange genommen worden. Dies sei ein Thema, dem man sich stelle. Den beiden werbetragenden Programmen Bremen Vier und Bremen Eins stehen im Vergleich zu der privaten Konkurrenz sehr wenig Marketingmittel zur Verfügung. Wenn über die Verteilung der über die Neuregelung des Finanzausgleichs neu zur Verfügung stehenden Mittel entschieden werde, sollte auch darüber nachgedacht werden, ob es sich nicht lohne, etwas mehr Geld in das Marketing der werbetragenden Programme zu investieren, die für den Sender wichtige Erträge erwirtschaften.

TOP 11: Bericht über die Situation der weiblichen Beschäftigten bei Radio Bremen
Vorlage 06/2014
Stellungnahme der Frauenbeauftragten

Frau Nickelsen führt ein, dass sie an dieser Stelle nur zum Nachlesen des Rundfunkratsprotokolls von vor einem Jahr anregen könne, da die dort getätigten grundsätzlichen Feststellungen weiterhin gelten würden. Bei dem Thema Frauenförderung und Frauen in Führung würden nicht nur die Vereinbarung und das Commitment in der Geschäftsleitung benötigt, sondern auch ein verändertes Bewusstsein und ein Sinn für Veränderungen auf den nächsten Ebenen. Darüber hinaus benötige man Beschäftigungsangebote und systematischen Aufbau, und auch Frauen, die Radio Bremen dafür aufbauen könne und die Interesse daran hätten. Es handle sich um einen langen, komplexen Prozess, dessen Voranschreiten auch von den Strukturen abhängig sei. Dies habe sich seit dem letzten Jahr nicht verändert.

Unabhängig zu dem vorliegenden Zahlenwerk seien seit dem Frühjahr 2013 konkret folgende Maßnahmen umgesetzt worden:

- Das Eltern-Kind-Zimmer sei eröffnet worden.
- Die Expertinnen-Datenbank sei freigeschaltet.
- In der Direktion für Unternehmensentwicklung und Betrieb werde zurzeit ein Konzept für ein Mentoring-Programm erarbeitet.
- In der von Herrn Metzger angesprochenen Strategieklausur im Mai solle das Thema Führungskräfte und Nachwuchsförderung im Programm in Gang gebracht werden.

Der Diskurs werde weiterhin sehr aktiv und lebendig gehalten, auch auf der Geschäftsleitungsebene gemeinsam mit dem erweiterten Direktorium. Zuletzt habe man vor einigen Wochen einen zweieinhalbstündigen Diskurs mit Ulrike Hauße geführt und sich dadurch einen Blick von außen geholt; Birgitta Tunkel habe ebenfalls teilgenommen. Ein Ergebnis sei beispielsweise die Bildung einer Arbeitsgruppe bei einer Hörfunkwelle gewesen, die sich mit der Frage der familienfreundlichen Gestaltung von Dienstplänen beschäftige. Das Konzept werde bereits ausprobiert und man habe die Arbeitsgruppe eingeladen, es im Laufe des Jahres als Best Practice-Beispiel in der Runde der Führungskräfte für die anderen Bereiche vorzustellen.

Frau Tunkel verweist auf ihren schriftlichen Bericht. Sie wolle ein paar Ergänzungen vornehmen, zunächst zum Zukunftstag. Man habe dieses Jahr 60 Kinder an zehn Stationen gehabt. Es sei beachtlich, dass die jungen Menschen eigene Programmteile herstellen – angefangen von der Internetdarstellung dieses Tages bis hin zur Fertigstellung eines Films. Sie danke den Kolleginnen und Kollegen, die dies möglich gemacht haben. Was die Geschlechterbeteiligung angehe, sei Radio Bremen nicht ganz einfach aufgestellt als Medienunternehmen. Sie habe sich bemüht, in diesem Jahr eine Mischung zu erreichen, bei der die Mädchen stärker beteiligt seien, wo ein intensiverer Umgang mit Technik stattfinde, sie also wirklich an Kamera, Ton, Bild und Lichttechnik herankommen. Die Jungen seien mehr in der Programmassistenz und der Organisation beteiligt gewesen.

In Bezug auf die Statistik wolle sie erneut darauf aufmerksam machen, dass 31 Prozent Frauen in Führung im letzten Jahr durchaus bemerkenswert seien, nachdem man sich lange Jahre in der Zwanziger-Größenordnung aufgehalten habe. Sie vermute allerdings, dass sich dieser Wert in diesem Jahr etwas verschlechtern werde und dass die Unterrepräsentanz in der Gehaltsgruppe X beginne. Es wäre zu begrüßen, wenn die Frauen auch in den unteren Gehaltsgruppen IV bis VI unterrepräsentiert wären, hier seien sie aber kontinuierlich in der Mehrheit, so dass man die Entwicklung nicht linear bewerten könne.

In den zwei Jahren, die sie noch als Frauenbeauftragte tätig sein werde, wolle sie die Form der Statistik gerne überprüfen. Sie gehe seit zwölf Jahren damit um, allerdings nütze sie für die Personalsteuerung und –entwicklung nur begrenzt etwas. Es sei weiterhin der Bereich Technik aufgeführt, der ei-

gentlich nicht mehr bestückt sei. Zudem würden Sekretärinnen, Assistentinnen, Archivarinnen und Dokumentarinnen in einem Bereich zusammengefasst, was in der Qualifikationsbewertung nicht wirklich nützlich sei. Hinter den Berufen verbergen sich unterschiedliche Ausbildungsgänge. Archivarinnen und Archivare sowie Dokumentarinnen und Dokumentare benötigen einen Studienabschluss, wobei es spannenderweise unter den Assistentinnen mittlerweile auch eine Reihe fertig studierter Kulturwissenschaftlerinnen gebe. Bei der Klassifizierung müsse man also vorsichtig sein, aber man brauche eine andere Datenerfassung. Daher habe sie in ihrem Bericht auch auf den Gender Check verwiesen. Man habe sich nicht weniger vorgenommen als eine Struktur und eine Kultur zu verändern und die Leitung müsse Ziele entwickeln, was sie steuern wolle, und sich dazu auch verschiedene Ebenen angucken.

Beeindruckend sei zudem, dass es in den Leitungen mit Personalverantwortung, an den wirklich gestaltenden und Einfluss nehmenden Stellen lediglich rund 21 Prozent Frauen gebe. Frau Tunkel zählt die Bereiche und Abteilungen auf, in denen die Leitungen mit Männern besetzt seien. Frauen an der Spitze gebe es lediglich im Programm-Management, in der Personalleitung, der Abteilung Unterhaltung, der Fachredaktion Nachrichten und im Studio Bremerhaven. Exponierte Sonderaufgaben – die des Kirchenbeauftragten, des Volontärsbeauftragten und die des Qualitätsmanagements – würden ebenfalls von Männern ausgeführt. Auch das Organigramm der Programmdirektion verdeutliche die männliche Überrepräsentanz. Die vorliegende Statistik sei die, die die Senatorin für Finanzen in Bremen abfrage, aber sie rege an zu überprüfen, welche Strukturen Radio Bremen künftig abbilden müsse, um Ziele in Bezug auf die Bereiche entwickeln zu können. Dies sei ihr ein wichtiges Anliegen und sie hoffe, dass man hier in die Gespräche gehen könne.

Die Themen Frauen allgemein und Frauenförderung seien in der Leitung verankert. Es gehe darum, dieses Selbstverständnis ebenfalls in die Bereiche und Abteilungen zu transportieren. Dass die Förderung von Frauen dort noch keine Selbstverständlichkeit sei, könne sie beispielsweise an den Schulungsanträgen ablesen, bei denen die Geschlechterfrage oftmals nichtbedacht würde. Dabei handle es sich hierbei um ein elementares Instrument zur Qualifizierungsförderung. Dies müsse noch selbstverständlicher werden und die Strukturen sollten immer im Auge behalten werden.

Ein Rundfunkratsmitglied bedankt sich für den Bericht und die Stellungnahme. Es sei grundsätzlich zunächst einmal positiv, dass aufgrund der Empfehlung der Arbeitsgruppe „Frauen in Führung“ Beschlüsse gefasst und hier insbesondere das Mentoring-Programm und die verstärkte Sensibilisierung der Führungskräfte für Geschlechterthemen genannt worden seien. Das Mitglied fragt, ob es eine Zeit- und Zielvorgabe für das Bestreben gebe, weibliche Führungstalente zu suchen und diese für Führungsaufgaben zu qualifizieren. Mit Bezug auf die Ausführungen von Frau Tunkel fragt es weiter, ob der Wunsch nach einer anderen Datenerhebung konkret umgesetzt werde. Auf Seite 5 des Berichts sei angegeben, dass die Zahl der freien Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter insgesamt leicht angestiegen sei. Das Rundfunkratsmitglied fragt, ob sich hier eine zukünftige Tendenz abzeichne und was die Gründe für diesen Anstieg seien. Aufgefallen in Bezug auf die Besetzung von Planstellen (Seite 5-6 der Statistik) sei, dass diejenigen in den unteren Gehaltsgruppen III bis VI überwiegend mit Frauen und die in den höheren Gehaltsgruppen VII bis XII überwiegend mit Männern besetzt worden seien. Es bittet um Erläuterung der Gründe.

Ein weiteres Rundfunkratsmitglied weist darauf hin, dass der Frauenanteil laut Beschlussvorlage in den Gehaltsgruppen VII und höher 44 Prozent betrage, in den Gehaltsgruppen X und höher 35 Prozent sowie in den Gehaltsgruppen XI und höher 30 Prozent. Es fragt, wie Radio Bremen hier im ARD-Vergleich dastehe.

Frau Nickelsen antwortet auf die Frage nach der Zeitvorgabe, dass der Start der Diskussion mit der Strategieklausur im Mai zusammenhänge. Ihre Vorstellung sei, in 2015 konkret tätig zu werden, dies sei aber zunächst im Mai mit den Kolleginnen und Kollegen im erweiterten Direktorium zu besprechen. Die Geschlechterverteilung bei der Besetzung der Planstellen hänge mit der Bewerberinnen- bzw. Bewerberlage zusammen und mit den Tätigkeiten.

Auf die Frage nach der veränderten Datenerhebung erklärt **Frau Afflerbach**, dass man hier mit Frau Tunkel im Gespräch sei. Umgesetzt worden sei bereits eine Geschlechtertrennung im Hinblick auf die angemeldeten und durchgeführten Schulungsmaßnahmen. Dies könne dementsprechend abgerufen werden, ansonsten habe man sich mit diesem Thema noch nicht näher beschäftigen können. Das vorliegende Zahlenwerk sei tatsächlich die von der Senatskanzlei geforderte Statistik. Die Anregung von Frau Tunkel finde sie durchaus gut, allerdings müsse man auch stets die Ressourcen im Blick behalten und schauen, was zu welchem Zeitpunkt umsetzbar sei.

Was den ARD-Vergleich angehe, so würden einmal im Jahr von allen ARD-Anstalten Personalkennzahlen erhoben, bei denen nach Geschlecht und Gehaltsgruppen differenziert werde. Diese Zahlen befänden sich derzeit noch in der Überarbeitung, sie könne sie den Rundfunkratsmitgliedern aber zu einem späteren Zeitpunkt gerne zuleiten.

Frau Tunkel ergänzt, dass ein Vergleich aufgrund der unterschiedlichen Unternehmens- und Gehaltsstrukturen unter den Häusern sehr schwierig sei.

Herr Weyrauch erklärt zum Anstieg der Zahl der freien Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass freie Beschäftigung aus rechtlichen Gründen allein im Redaktionsbereich, also größtenteils in der Programmdirektion und in kleinerem Umfang auch bei der Bremedia, stattfinde. In den letzten Jahren, vor der Neuregelung des Finanzausgleichs, sei die finanzielle Zukunft des Senders ungewiss gewesen. Daher habe man die Strategie verfolgt, so wenige festgebundene und so viele flexible Mittel wie möglich bis 2015 zu haben. Um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, seien feste Stellen nur neu besetzt worden, wenn es unumgänglich gewesen sei. Wäre kein verbesserter

Finanzausgleich erzielt worden, hätte man Maßnahmen ergreifen müssen. Insofern seien oft Mittel umgewidmet worden und statt fester Anstellungen die Beschäftigung freier Redakteurinnen und Redakteure erfolgt. Vor dem Hintergrund der Neuregelung des Finanzausgleichs und der damit veränderten Rahmenbedingungen müsse man die Situation auf der Direktorklausur im Mai nun neu bewerten und könne die Strategie überdenken.

Frau Schuylenburg ergänzt, dass die Zahl der freien Mitarbeitenden im Verhältnis zu den Festangestellten schwer zu ermitteln sei, da bei den freien Mitarbeitenden von entscheidender Bedeutung sei, in welchem Umfang diese beschäftigt würden. Gerade bei den freien Mitarbeitenden sei hier ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen zu verzeichnen. Der Anteil derjenigen, die nicht voll beschäftigt seien, sei bei den Frauen wesentlich höher als bei den Männern.

Frau Ella-Mittrenga stellt fest, dass hier eine qualifiziertere Betrachtung notwendig sei, da diese Tendenz nicht negativ sein müsse, sondern einer Lebenslage und einem Bedürfnis entsprechen könne.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über die Situation der weiblichen Beschäftigten bei Radio Bremen (Beschäftigtenstrukturanalyse) und die Stellungnahme der Frauenbeauftragten zur Kenntnis.

Die stellvertretende Vorsitzende gibt die Sitzungsleitung zurück an **Frau Lemke-Schulte**.

TOP 12: Bericht über die Beschäftigung schwer behinderter Menschen bei Radio Bremen
Vorlage 07/2014

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht über die Beschäftigung von Schwerbehinderten bei Radio Bremen zur Kenntnis.

TOP 13: Bericht der Jugendschutzbeauftragten
Vorlage 08/2014

Frau Gray erklärt, dass dies ihr erster und zugleich auch letzter Bericht als Jugendschutzbeauftragte sei. Ab dem 1. April 2014 werde Bärbel Peters, Leiterin des Programm-Managements die Funktion übernehmen. Frau Gray erläutert kurz ihre Gründe für die Abgabe des Amtes und erklärt, dass sie sich vor allem wieder mehr der Programmarbeit widmen wolle. Sie verweist auf ihren schriftlichen Bericht und nennt ein paar Beispiele aus der Praxis.

So habe sie gemeinsam mit dem Justiziar Herrn Carlson einen Bericht über den Amoklauf an einer Bremer Schule aus dem Jahr 1913 für „buten un binnen“ bewertet und die nachgestellten Szenen sowohl akustisch als auch visuell entschärfen lassen. Man sei sich einig gewesen, diesen Film in dieser

Form nicht vor 20 Uhr zeigen zu können. Auch im Tatort „Brüder“ habe sie – trotz Uneinigkeit mit der Regie und den Tontechnikern – eine akustische Entschärfung der brutalen Anfangsszene, in der auf die am Boden liegende Polizistin eingetreten werde, erwirkt. Auch den Brief einer Hörerin und Mutter, in dem sich diese über die breite Berichterstattung aller Medien über den Fall Edathy und damit verbunden den mangelnden Schutz von Kindern in Bezug auf die Konfrontation mit dem Thema „Kinderpornographie“ beschwert habe, habe sie beantwortet. Dabei habe sie Verständnis für die Position gezeigt, aber auch verdeutlicht, dass eine umfassende Berichterstattung Teil des Auftrags des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sei. Ihrer Wahrnehmung nach seien die Kolleginnen und Kollegen bei Radio Bremen ausreichend sensibilisiert, um bei der zu dem Thema Kindesmissbrauch und Kinderpornographie notwendigen Berichterstattung den richtigen Ton zu treffen.

Die Jugendschutzbeauftragten von ARD und ZDF treffen sich drei- bis viermal im Jahr. Seit 2013 seien noch zwei weitere Treffen mit den kommerziellen Rundfunkbetreibern hinzugekommen. Bei dem letzten Treffen im Herbst sei es dabei um die Frage der unterschiedlichen Bewertung von Sendungen bei öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Rundfunkbetreibern und auch um die Jugendschutzprogramme gegangen.

Im Anschluss an seine Sitzung in Bremen Ende Januar 2014 habe der Arbeitskreis der Jugendschutzbeauftragten von ARD und ZDF eine Pressemitteilung herausgegeben und darin die von der Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) zugelassenen technischen Jugendschutzprogramme kritisiert. Diese Programme würden Eltern eine falsche Sicherheit vorgaukeln und damit den Jugendschutz untergraben, da sie bislang nur auf sehr wenigen Betriebssystemen funktionierten und kaum verbreitet seien. Deshalb fordere der Arbeitskreis diese technischen Programme auszusetzen, da sie zurzeit nur Vorteile für die kommerziellen Anbieter hätten und nicht dem Jugendschutz dienten. Die derzeitige Gesetzeslage erlaube es Anbietern von Internetseiten, Angebote mit jugendgefährdendem Inhalt schon dann rund um die Uhr freizuschalten, wenn sie ihre Internetseiten lediglich für ein von der KJM anerkanntes Jugendschutzprogramm gekennzeichnet hätten. Bedenklich sei aber, dass die Jugendschutzprogramme bisher nur auf wenigen Computern installiert seien. Da die Jugendschutzprogramme nur auf Computern mit Windows-Betriebssystemen funktionierten, seien alle anderen Zugangswege ins Netz, wie etwa über Smartphones oder Apps, damit ungeschützt. Die zeitgesteuerte Abrufbarkeit von Medieninhalten, wie von ARD und ZDF praktiziert, sei somit immer noch die effizienteste Möglichkeit für Jugendmedienschutz im Internet.

Frau Gray stellt die Broschüre „Kriterien zur Sicherung des Jugendmedienschutzes“ vor, eine gelungene Aufarbeitung, die eine Einschätzung ermögliche, ob ein Beitrag, ein Song oder eine Filmsequenz zur Entwicklungsbeeinträchtigung bei jungen Zuhörenden und vor allen Dingen natürlich jungen Zuschauerinnen und Zuschauern führen könne. Sie werde die Broschüre auslegen, so dass sich interessierte Rundfunkratsmitglieder nach der Sitzung ein Exemplar mitnehmen können.

Abschließend bleibe noch zu erwähnen, dass die Rundfunkkommission der Länder beschlossen habe, den Jugendmedienschutz-Staatsvertrag zu novellieren und der Vertrag noch in 2014 paraphiert werden solle.

Frau Gray bedankt sich für die Aufmerksamkeit und erklärt, dass es ein spannendes Jahr gewesen sei. Dennoch werde sie sich nun wieder verstärkt dem Programm widmen.

Frau Lemke-Schulte bedankt sich bei Frau Gray für das Engagement und wünscht ihr weiterhin alles Gute.

Frau Tunkel fragt, inwiefern es eine Vernetzung zwischen den Zuständigen für Jugendschutz und den Zuständigen für Programmebeobachtung gebe.

Frau Ella-Mittrenga erklärt, dass sich der ARD-Programmbeirat vor etwa einem Jahr mit dem Thema Jugendschutz beschäftigt habe. Es sei unter anderem der Jugendschutzbeauftragte Manfred Krupp vom HR anwesend gewesen und auch die von Frau Gray vorgestellte Broschüre verteilt worden. Sie habe in der sich anschließenden Rundfunkratssitzung am 14. März 2013 berichtet, dass ihr durch das Werkstattgespräch erst bewusst geworden sei, wie vielfältig und vielschichtig die Frage des Jugendschutzes sei. Es bestehe also eine grundsätzliche Sensibilisierung des ARD-Programmbeirats für das Thema, in der Programmebeobachtung sei der Jugendschutz jedoch nicht explizit Thema gewesen. Diese werde anhand bestimmter Kriterien betrieben, aber sie werde die Anregung in den ARD-Programmbeirat mitnehmen, dass die Frage des Jugendschutzes dort stärker verankert werden sollte. Ansonsten sei man sensibilisiert worden für die doch sehr komplexe Arbeit, die die Jugendschutzbeauftragten in den einzelnen Häusern leisteten. Es sei ein wichtiges Thema und sie habe auch angeregt, dass sich der Rundfunkrat in einer seiner Sitzung oder im Rahmen einer Fortbildung intensiver damit auseinandersetzen sollte.

Frau Lemke-Schulte erklärt, dass das Präsidium, das die Rundfunkratssitzungen vorbereite, den Vorschlag aufnehmen werde.

Der Rundfunkrat nimmt den Bericht der Jugendschutzbeauftragten für das Jahr 2012/2013 zur Kenntnis.

TOP 14: Programmbeschwerden und wesentliche Eingaben Vorlage 09/2014

Frau Reichstein führt ein, dass der Bericht dieses Mal so umfangreich sei, weil es viele Rückmeldungen zum Relaunch des Nordwestradio gegeben habe. Auf Nachfrage **der Vorsitzenden** erklärt **die Publikumsbeauftragte**, dass der Fokus-Artikel, dass beim Nordwestradio kein deutsches Liedgut mehr gespielt werde, nach Ende des Berichtszeitraums eingegangen sei.

Herr Metzger erklärt, dass die Reaktionen darauf für den nächsten Bericht aufbereitet werden. Er erläutert kurz, dass im Fokus berichtet worden sei, das Nordwestradio würde grundsätzlich keine deutschsprachige Musik mehr spielen. Dieser Bericht von Herrn Hein sei unter anderem auf einen unglücklichen Eintrag einer Nordwestradio-Kollegin im elektronischen Gästebuch zurückgegangen. Auf den Artikel hin habe es einige Zuschriften mit Kritik an diesem angeblichen Grundsatz gegeben – der beim Nordwestradio jedoch gar nicht bestehe. Es werde dort auch deutschsprachige Musik gespielt, zum Beispiel kürzlich eine Stunde lang Element of Crime oder auch die Musik anderer Interpreten. Es erfolge auf alle Zuschriften eine entsprechende Antwort bzw. Klarstellung.

Ein Rundfunkratsmitglied weist darauf hin, dass es einerseits positive, andererseits aber auch negative Kritik zu der neuen Musikfarbe gegeben habe. Es bittet um Einschätzung, da sich dies widerspreche. Der Gedanke sei doch gewesen, dass durch die stark veränderte Musikfarbe vielleicht eine andere Zielgruppe angesprochen würde.

Herr Weyrauch erklärt, dass es typisch sei, dass man sich bei der Musik nicht einig werde. Dass sich die meiste Kritik auf die Musik beziehe, zeige zudem, wie Radio rezipiert und wahrgenommen werde. Man wolle mit der neuen Musikfarbe eine bestimmte Zielgruppe erreichen und die Wahrnehmung sei, dass einerseits alte Kernhörerinnen und -hörer mitgenommen würden, die die „neue“ Musik mögen, und andererseits auch neue Hörerinnen und Hörer hinzugewonnen werden, die nun gerade wegen der Musikfarbe das Nordwestradio einschalten. Das Verhältnis von positiven und negativen Reaktionen sei zudem erfreulich, da sich in der Regel nur diejenigen melden, die negative Kritik zu äußern haben. Reformen von Kulturprogrammen lösen ansonsten eher Proteststürme aus. Dies sei beim Nordwestradio ausgeblieben, was ein sehr gutes Zeichen sei.

Ein Rundfunkratsmitglied fragt mit Bezug auf die Vorverlegung der Morgenandacht „Kurz & Gut“ auf 5:55 Uhr, ob sich die Angabe im Bericht, dass Höreruntersuchungen gezeigt hätten, dass um kurz vor sechs Uhr mehr Nordwestradio gehört werde, als um kurz vor sieben Uhr, auf eine Statistik beziehe. Die von den Kirchen entsandten Mitglieder in den Rundfunkanstalten anderer ARD-Anstalten hätten angegeben, dass sich die Hörerzahl morgens bis 7:30 Uhr kontinuierlich erhöhe. Es sei bekannt, dass die katholische Kirche über die Vorverlegung der Sendezeit nicht glücklich gewesen sei.

Herr Weyrauch antwortet, dass sich diese Aussage auf die Viertelstunden-Reichweiten in der Media Analyse beziehe. Die Statistik liege den Rundfunkratsmitgliedern vor. Die Zahlen könnten sich aufgrund des Relaunchs natürlich ändern. Es sei aber weiterhin davon auszugehen, dass mit dem Nordwestradio insgesamt mehr Hörerinnen und Hörer erreicht werden. Er sei sich sicher, dass die Morgenandacht zu der neuen Uhrzeit um 5:55 Uhr am Ende mehr Hörerinnen und Hörer erreichen werde, als sie es vorher auf dem alten Sendeplatz um 6:55 Uhr getan habe.

TOP 15: Verschiedenes

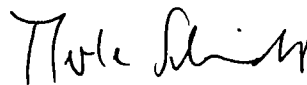
Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, bedankt sich **Frau Lemke-Schulte** für die angeregte Diskussion und schließt die Sitzung um 19:00 Uhr.

Genehmigt:



Eva-Maria Lemke-Schulte
Vorsitzende des Rundfunkrates

Protokoll:



Merle Schmidt